

Inhalt:

„So macht Politik keinen Spaß“
Das Debakel der Grünen

Studienkonten-Modell
Eine alternative zu Studeingebühren?

6 Monate UStA-Arbeit
Wir ziehen eine erste Bilanz

Pleiten, Pech und Pannen
Chaoten ziehen durch Berlin

Mein Erste Mal
Ein Bericht von der fsz
Versammlung

Aktuell:

-Karlsruhe: Der Rektor der Universität, Prof. Sigmar Wittig wurde auf der letzten Senatssitzung des DLR (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt) zum Vorsitzenden des Vorstands gewählt. Zum 1. März 2002 wird er dieses Amt übernehmen und seinen Posten als Rektor der Universität Karlsruhe (TH) aufgeben. Ein Nachfolger für das Amt des Rektors ist noch nicht bekannt.



Joschka Fischer scheint die Freude an der Politik angesichts ein paar Grüner Bundestagsabgeordneter und der Vertrauensfrage des Bundeskanzlers verloren zu haben. Seit Monaten muss die Grüne Bundestagsfraktion eine Kröte nach der anderen schlucken. Zuerst mussten die Grünen den Einsatz deutscher Soldaten bei der Bombardierung Serbiens während des Kosovo-Konfliktes mittragen, dann wurde der Atomaustritt, ein Kernthema Grüner Politik, von Schröder auf 35 Jahre verschoben. Die Wünsche der Kraftwerksbetreiber waren ihm wichtiger als die des kleinen Koalitionspartners. Im Fall des Kosovokonfliktes wurde die Grüne Parteiführung als Kriegstreiber von Ihrer Basis beschimpft. Unvergesslich bleibt die Farbbeutelattacke auf Außenminister Fischer auf einem Parteitag der Grünen.

Rheinland-Pfalz und Nordrhein- Westfalen wollen Guthabenmodell einführen

In der festgefahrenen Studiengebührendebatte werfen zwei SPD-Minister unter dem Deckmantel der Gebührenfreiheit ein liberales Modell in den Ring, das die Attraktivität eines Hochschulstudiums steigern, die Studiendauern verkürzen und dem Schlagwort „lebenslanges Lernen“ Geltung verschaffen soll.

Am 6. November platzte die Bombe: Zum Sommersemester 2004 will der rheinland-pfälzische Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur, Prof. Dr. Jürgen Zöllner, für die Studierenden an den Hochschulen seines Landes Studienkonten einführen. „Mit dem Studienkonto wird jedem Studierenden ein gebührenfreies Erststudium ermöglicht“, so Zöllner. Er strebt die Realisierung der Idee in Zusammenarbeit mit seiner nordrhein-westfälischen Kollegin, Wissenschaftsministerin Gabriele Behler, an, womit auf einen Schlag rund ein Drittel aller deutschen Studenten betroffen wären.

Allen Bestrebungen, die Studierenden bereits zu Studienbeginn an den Kosten ihrer Ausbildung zu beteiligen, würde so eine eindeutige Absage erteilt, betonte Zöllner. Die Details des Modells werde

er mit den Hochschulen seines Landes diskutieren und in der Hochschulgesetznovelle 2002 verankern. Den entscheidenden Impuls, das Modell rasch an die Öffentlichkeit zu bringen, gaben offenbar die Hochschulrektoren, die – bislang strikt gegen das bezahlte Studium – am Vortrag überraschend über ein Papier beraten hatten, das die Möglichkeit zur Gebührenerhebung während des Erststudiums ermöglicht hätte.

Der Grundgedanke des Studienkonten-Modells ist einfach: Jeder Studierende erhält ein Studienkonto, das mit einer bestimmten Anzahl von Semesterwochenstunden ausgestattet ist. Die genaue Zahl hängt vom jeweiligen Fach ab: Z.B. umfasst ein achtsemestriger Diplomstudiengang rund 160 Semesterwochenstunden (SWS). Auf die Summe wird ein Aufschlag von 20 Prozent gewährt, um Wiederholungen oder Extraleistungen abzudecken. Die Gültigkeit des Studienkontos ist auf die doppelte Regelstudienzeit befristet, so dass Studierende mit Kind oder Berufstätige die Möglichkeit eines Teilzeitstudium haben.

Die Studierenden müssen in jedem Semester angeben, welche Veranstaltungen sie belegt haben. Die entsprechenden Gegenwerte werden ihnen dann von ihrer Konto-Chipkarte abgebucht. Auf die Angabe zusätzlicher Veranstaltungen kann verzichtet werden. Ein

Bestandteil des Modells ist ein spezielles Stipendiensystem. Die Hochschule bestimmt die Vergabekriterien und nimmt die Auswahl geeigneter Stipendiaten selbst vor. Z.B. kann sie Absolventen ein Stipendium für ein postgraduales Studium oder eine Weiterbildungs- bzw. Vertiefungsmaßnahme gewähren.

Der Inhaber kann sein Studienkonto sowohl für ein Erst- als auch für ein Postgraduiertenstudium oder eine Weiterbildungsmaßnahme nutzen (z.B. Fernstudium). Gebühren für Seminare und Vorlesungen müssen erst dann bezahlt werden, wenn das Guthaben aufgebraucht oder die doppelte Regelstudienzeit überschritten ist. Auch danach wird nicht in ganzen Semestern, sondern in Semesterwochenstunden abgerechnet (z.B. 25 Euro). Die Höhe der potenziellen Studiengebühren liege deutlich unter dem Betrag, der in anderen Bundesländern bereits eingefordert werde bzw. in der Diskussion sei, so Zöllner.

„Es reicht nicht aus, die heutige kurze ‚Halbwertszeit‘ von Wissen zu beklagen. Wir müssen einen Anreiz geben, an die Hochschulen zurückzukehren und sich weiterzubilden sowie an den Hochschulen mehr und attraktivere Angebote zu machen“, fordert der Minister. Diese Zielsetzung werde mit dem Studienkontenmodell konsequent verfolgt. Das Studienkonto,

das auch ausländischen Studierenden offensteht, erlischt mit dem 55. Lebensjahr.

Das Modell sei von Anfang an unter der Voraussetzung konzipiert worden, dass es jeder Zeit auch auf andere Länder übertragen werden könne, so Zöllner. „Es zeichnet sich durch die notwendige Flexibilität aus, länderspezifische Besonderheiten berücksichtigen zu können. Es ist daher auch als bundeseinheitliche Lösung hervorragend geeignet.“

Das Studienkontenmodell von Behler und Zöllner zieht den Zorn der ewigen Nein-Sager und kategorischen Antis von fzs (freier Zusammenschluss von Studentinnenschaften) und ABS (Aktionsbündis gegen Studiengebühren) auf sich. Statt sich mit dem Vorschlag differenziert auseinanderzusetzen reagiert man dort mit der gewohnt ideologischen Aufgeregtheit. Die Konten seien ein Modell für Langzeitgebühren und eine fatale Entscheidung, meckert Christian Haberecht vom fzs und nennt es „bildungs- und gesellschaftspolitisch verheerend“, die vielfältigen Abschreckungsmechanismen von Studiengebühren zu ignorieren. Die kompromisslosen Strukturkonservativen haben ihr Motto längst gefunden: Laßt uns die Bildungskrise innovativ lösen – wer sich zuerst bewegt, hat verloren!

jf

„So macht Politik keinen Spaß“

Die Grünen in der Krise?

Die Quittung für die von den Grünen Realos geführte Bundespolitik spürt die Partei bei jeder Wahl. Bei allen Landtagswahlen verloren die Grünen massiv Stimmen und ein Ende dieses Abwärtstrends ist nicht in Sicht.

Doch nun sieht es so aus als sei mit der Frage eines Bundeswehreeinsatzes in Afghanistan die Toleranzgrenze der Grünen überschritten. Einige der Grünen Abgeordneten scheint bezüglich solcher Fragen der Spaß am Regieren vergangen. Nur so ist zu erklären, dass Schröder die Vertrauensfrage stellen musste. Einige Grüne haben keine Lust mehr und sehen wohl ihren inneren Frieden in der Opposition, wo sie wieder

mit Uurgrünen Forderungen aufsehen erregen können. Doch zwischen Fordern und Umsetzen liegen Welten, in die viele Grüne noch nicht vorgestoßen sind.

Doch liebe Grüne die Opposition ist auch nicht mehr das was es mal war, oder vielleicht war sie auch nie so wie die Grün Alternative Liste (GAL) der Universität Karlsruhe (TH) sie gerne sehen würde. Denn im Studierendenparlament (StuPa) sitzt die GAL in der Opposition und muss herbe Verluste einstecken. Nach langen Jahren fanden sich die Abgeordneten der GAL in diesem Jahr dort wieder. In einem ersten Panikfall entschloss sich die GAL, einen Antrag auf Wahlkampfkostenerstattung zu stellen, um

eine den finanziellen Katastrophe Kollaps abzuwenden. Wieso dieses gerade dann eintrat als die GAL in der Opposition sitzt und nicht mehr am UStA beteiligt ist, ist erscheint schleierhaft. Nachdem sich die GAL dann doch mit ihrer von den Wählern zugewiesenen Rolle abgefunden hatte und sich wieder auf urgrüne Themen konzentrierte, ereilte sie eine weitere Niederlage. Der Versuch, dem UStA vorzuschreiben, welches Papier dieser zu Nutzen hat habe, nämlich nur das ökologisch vertretbare Recyclingpapier, scheiterte bedauerlicherweise kläglich. Trotz des Köders, dass der UStA vorhandenes Frischfaserpapier noch aufbrauchen dürfe, wurde der Antrag von LHG und RCDS einstimmig abgelehnt. Im Gegensatz zur Bundestagsfraktion besitzt die GAL

nämlich keinen Joschka Fischer, der die Partei auf den Boden der Realität zurückholt und somit kompromissfähige Anträge zulässt. Hier heißt es daher alles oder nichts, - dass dabei öfter nichts rauskommt ist verständlich. Immerhin sitzt die GAL in der Opposition.

Daher kann man den Grünen im Bundestag nur einen Rat geben. Verspielt nicht eure Möglichkeit der Regierungsbeteiligung, denn in der Opposition ist alles viel schlimmer. Schaut Euch das StuPa in Karlsruhe an. Dort könnt Ihr euch nochmal so fühlen wie bis zu dem schicksalhaften Tag im September 1998 als Ihr aus der Opposition in das Licht der Regierungsverantwortung tratet und der Spaß begann.

cc



6 Monate UStA

– eine kleine Bilanz

Ein halbes Jahr ist es nun schon her, dass LHG und RCDS den UStA übernommen und das Unabhängige Modell wiederbelebt haben. Wir haben eine Menge Arbeit investiert, und obwohl uns so manch einer aus der Opposition vorwirft, wir würden „nur im UStA rumhocken“, hat sich einiges getan.

Als erstes musste das UStA-Büro nach einem Jahr kommissarischer UStA-Besetzung wieder in einen arbeitsfähigen Zustand versetzt werden: Wir haben entrümpelt, umgestellt, gereinigt und vor allem den Muff von Jahren ausgekehrt. Es wurden neue Arbeitsplätze eingerichtet und gegen große Widerstände neue Rechner angeschafft. Die über 10 Jahre alte Telefonanlage, die Gespräche so gerne ins „Nirwana“ verbindet, wurde gegen das uni-interne Netz ersetzt, womit wir monatlich einiges an Gebühren einsparen können.

Rechtzeitig zum Beginn des Wintersemesters brachte unser Innenreferent Christoph Caspritz ein neues überarbeitetes Erstsemesterinformationsheft heraus. Ziel war es, das doch ziemlich eigenwillige Design der vorangegangenen Hefte ansprechender zu gestalten und vor allem die Inhalte zu aktualisieren. Die erste Auflage des Heftes ist bereits vergriffen und wir werden in Kürze eine weitere verbesserte Auflage in Druck geben.

Wer im Juli abends im Rechenzentrum arbeiten wollte, ärgerte sich nicht schlecht, denn die Öffnungszeiten wurden erheblich verkürzt. Grund war die Uneinigkeit des Personalrats und der Hauptabteilung V über die Verwendung und die Laufzeiten der Überwachungskameras. Der UStA hat in der Angelegenheit mit beiden Seiten Kontakt aufgenommen, Gespräche geführt und sogar Vermittlungsversuche gestartet. Im August waren die Öffnungszeiten wieder die alten.

Auch haben wir uns endlich mal darangemacht, die Vereine, die das Unabhängige Modell in Karlsruhe tragen, korrekt ins Vereinsregister einzutragen. Die Akten dort stammen größtenteils von 1977 und hörten teilweise bei unseren Vorgängern auf...

Mit dem Ausscheiden des Finanzreferenten Michael Küsel erschienen neue unerwartete Probleme: Unregelmäßigkeiten in den Finanzen, keine oder fahrlässig falsche Darstellung der Finanzen gegenüber dem Finanzamt. Das ganze gipfelte in zahllosen Zwangsbescheiden. Martin Hörig hat sich im August bereit erklärt, das schwierige Amt des Finanzers zu übernehmen und die katastrophale Finanzlage zu ordnen. Wir haben ihm mittlerweile einen Steuerberater zur Seite gestellt und hoffen, die meisten Unstimmigkeiten Anfang nächsten Jahres geklärt zu haben.

Viele von Euch werden es bereits schmerzlich festgestellt haben: der Wohnraum in Karlsruhe wird immer knapper. Gingen bei uns im Sommer nur vereinzelt Wohnungsanfragen ein, so wurden wir Ende September/Anfang Oktober von Hilferufen nahezu überschwemmt. Zahllose Erstsemester, vor allem aus dem Ausland, baten um Unterstützung und Aufnahme. Wir haben daraufhin einen Emailverteiler (keinewohnung@usta.de) eingerichtet, um all die Wohnungssuchenden korrekt zu erfassen und schnell informieren zu können. Es wurden in Zeitungen und Rundfunk zahllose Aufrufe an die Bevölkerung gesandt, leerstehende Wohnungen an Studis zu vermieten. Einige Angebote gingen daraufhin bei uns ein und wurden an die Wohnungssuchenden weitergeleitet. Mitte Oktober reagierten dann Univerwaltung und Studentenwerk und mieteten Gebäude der Mackensenkaserne vorübergehend an. Wir übernahmen daraufhin die Information und Weitervermittlung der Wohnungssuchenden ans Studentenwerk. Unsere Emailliste ist ebenfalls weiterhin in Betrieb, um den in Notunterkünften wohnenden Studis die Möglichkeit zu geben, von bei uns eingehenden Wohnungsangeboten zu profitieren.

Angesichts der derzeitigen Wohnungsnot haben wir uns dafür stark gemacht, die Schaffung eines studentischen Wohnraums in den Strukturplan der Universität (=die Planung der Universität für die nächsten Jahre) aufzunehmen. Dort wird sich ebenfalls die Forderung nach Schaffung neuer Gruppenarbeitsräume befinden, welche ja ein Teil unseres Arbeitsprogramms ist. Unsere momentanen Projekte sind unter anderem das UniWinterfest, die Finanzen (da gibt's noch einiges zu tun), die Überarbeitung des Sozialinfos und noch vieles mehr.

Wenn Euch unsere Arbeit interessiert, schaut doch einfach mal vorbei.
ob

Dabei dachte ich, ich hätte schon meine Erfahrungen gemacht, zumindest im Bereich der Hochschulpolitik. Vor kurzem war ich wieder einmal auf einer Mitgliederversammlung des fzs, des freien Zusammenschlusses der StudentInnenenschaften. Dabei handelt es sich um eine Gruppe, die sich zwar als studentischer Dachverband sieht, in der Realität aber handelt sich zum großen Teil um ein Grüppchen unbeeinträchtiger, die ignorieren (wollen), was um 1990 in Europa passiert ist und sich Freiheit und Wettbewerb als das bessere System herausgestellt haben.

Beim fzs gibt es seit langem ein Frauenplenum, auf dem die Frauen von Männern unbelästigt beraten

Wieder einmal haben sie es geschafft. Eine Randgruppe der Gesellschaft mit verworrenen und verkokerten Ansichten konnten sich am Samstag groß in Szene setzen. Die NPD, die als verfassungsfeindlich eingestuft wird und vom Verfassungsschutz observiert wird, konnte wie jede demokratische Partei oder Bürgergruppe durch Berlin demonstrierend ziehen. Grund für diese Demonstration war die am Wochenende wieder eröffnete Wehrmachtsausstellung, die die Verbrechen der Wehrmacht im 2. Weltkrieg offen legt. Doch wollte die es NPD nicht bei einer einfachen Demonstration belassen. So beantragten die Rechten auch durch das frühere jüdische Viertel Berlins direkt an der neuen Berliner Synagoge vorbei zu marschieren. Diese bewusste Provokation blieb nicht unerhört und es mehrten sich schnell die Proteste. Selbst im Ausland nahm man Notiz von dieser für Deutschland beschämenden Demonstration. Die Rufe nach dem Verbot der NPD wurden wieder laut. Es wird endlich Zeit, dass diesen Aufmärschen ein Ende gemacht wird.

Doch nicht nur die NPD konnte ihre Parolen ins Land schreien. Auch die Linksextremisten hatten wieder eine perfekte Bühne vorgefunden um sich in Szene zu setzen. Ein Großaufgebot der Polizei musste linke Steinwerfer und rechte Glatzen voneinander trennen. Doch die deeskalierende Versuche der Polizei gingen gründlich daneben. So hatte sich die Polizei schon im Vorfeld den Groll der Bürger auf sich gezogen, da bis kurz vor Beginn der Demonstration nicht bekannt war welche Route die Rechten jetzt nehmen durften. Zwar beteuerte der Berliner Innensenator Körting, dass die Polizei die Demonstranten nie durch das ehemalige jüdische Viertel hätte ziehen lassen,

können. Damit die Männer in dieser Zeit nicht unbeschäftigt sind und auf dumme Gedanken kommen, gibt es auch ein Männerplenum. Ich hatte das Vergnügen, daran teilzunehmen. Nachdem die Mehrheit sich selbst gegeißelt hat, weil wir Männer wieder das typisch männlich dominierende Diskussionsverhalten gezeigt hätten (das Frauenplenum stellte gleichzeitig fest, dass wir Männer diesmal brav gewesen seien), meinte jemand, dass er in einer profeministischen Männergruppe sei, die meisten Männergruppen ja antifeministisch seien und er gern von allen wissen würde, ob wir Mitglied bei einer profeministischen Männergruppe seien oder jemand kennen, der es sei und unser wievielties

Pleiten, Pech und Pannen

Der NPD-Aufmarsch in Berlin



doch hielt man diese Information aus polizeitaktischen Erwägungen zurück. Man wollte den gewaltbereiten Linksextremisten keinen Anhaltspunkt für einen Treffpunkt geben. Doch leider wusste die Anwohner und friedlichen Gegendemonstranten nun auch nicht wo sie mit dem „braunen Spuk“ zu rechnen hätten. So kam es dann, dass sich die Chaoten unter die Teilnehmer der Gegendemonstration vor der neuen Berliner Synagoge mischten und die Chance nutzen sich mit der Polizei Straßenkämpfe zu leisten.

In der Mitte standen dann die friedlichen Demonstranten, die von den gewaltbereiten Chaoten als Schutzschild ausgenutzt wurden. Vor der Synagoge eskalierte dann die Lage so sehr, dass selbst der Rabbiner und Mitglieder der jüdischen Gemeinde, mit denen sich die friedlichen Gegendemonstranten solidarisierten, zwischen die Fronten der Polizei und den Linken gerieten. Auch die Polizisten, die zum Schutz der Synagoge angefordert wurden, waren im Visier der Steinwerfer. Die Polizei, deren Aufgabe es eigentlich war die Linken und Rechten zu trennen, musste sich nun selbst schützen und die Gegendemonstration auflösen, da sie es nicht zulassen konnte, dass unbeteiligte Personen gefährdet und verletzt werden.

Die eigentliche Aufgabe trat in den Hintergrund. Doch gab es auch Festnahmen von rechten Demonstrationsteilnehmern, die verbotene NS-Symbole trugen. Doch verhielten sich die rechten relativ friedlich und lachten sich insgeheim in Fäustchen, dass die Polizei wieder voll mit den Linken Chaoten beschäftigt war und dabei noch

von den Gegendemonstranten als faschistisch beschimpft wurde. Das Bild, das Berlin an diesem Wochenende Deutschland und dem Rest der Welt bot, ist beschämend. So war es wieder einmal einer extremistischen Randgruppe möglich unter dem Deckmäntelchen der Versammlungsfreiheit, ihre nationalistischen Parolen zu verbreiten. Daneben konnten aber auch wieder wenige ewig gestrige gewalttätig Chaoten eine friedliche Gegendemonstration als Schlachtfeld für ihren Terror gegen die Polizei ausnutzen. Hier ist die Politik gefragt dem endlich ein Ende zu bereiten. Der NPD muss die Möglichkeit genommen werden Schlagzeilen zu machen. Solange die NPD als Partei geduldet wird, kann sie wie andere Partei agieren. In einer liberalen und demokratischen Gesellschaft hat solch ein Gedankengut keine Platz. Auch kann es nicht Aufgabe der Polizei sein rechte Chaoten vor linken Chaoten zu schützen oder umgekehrt, während beide Gruppe sich undemokratische und verfassungsfeindlich benehmen.



Doch sollte man sich auch die Frage gefallen lassen ob es nicht vielleicht Sinnvoll wäre, friedliche Gegendemonstrationen nicht zeitgleich mit der eigentlichen Demonstration stattfinden zu lassen. So kann man die braunen und roten Idioten sich selbst und der Polizei überlassen, während die wahren Demokraten in aller Ruhe einen friedlichen Protest gegen den Extremismus organisieren. Denn so kann man vielleicht der Welt überzeugender zeigen wofür die Deutschen heute stehen: Einigkeit, Recht und Freiheit.
cc

Mein erstes Mal

Männerplenum das sei. Da wurde es mir bewusst, ich musste mich outen: Ich war profeministisch betrachtet eine männliche Jungfrau. Zum Glück ging es der Mehrheit so.

Wer meint, dass damit die Merkwürdigkeiten beendet seien, der irrt. Anschließend wurde eine Pressemitteilung beraten, in der es hieß, dass mehr Wettbewerb der Hochschulen um die Studierenden und das Bewerben der Studierenden direkt an den Hochschulen zu mehr sozialer Selektion führe und deshalb natürlich abzulehnen sei. Ich sah das anders und bat um Erklärung der Kausalität. Darauf wurde mir erklärt (neben den üblichen Tiraden gegen Wettbewerb), dass Leistungsanfor-

derungen immer soziale Selektion sei. Fragwürdige Einstellung haben die GenossInnen hier, als ob jemand aus einem einkommensschwächeren Elternhaus prinzipiell weniger leistungsfähig sei.

Wer also denkt, er hat nach Bungee Jumping und River Rafting alles erlebt oder wem eine Reise nach Nordkorea zu weit ist, dem empfehle ich den Besuch einer fzs-MV.

Impressum:
Liberaler Hochschulgruppe
Karlsruhe
c/o UStA Uni-Karlsruhe
Adenauerring 7
76131 Karlsruhe
V.i.s.d.P. Christoph Caspritz
Email: lhg@uni-karlsruhe.de